

Pressemitteilung zur Mitgliederversammlung

Bei der ersten Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative „Kein neuer Steinbruch Lindelbach“ e.V. am 11.10.2021 spiegelte sich deutlich die gute Stimmung und Zufriedenheit der Mitglieder mit dem bisher Erreichten wider. Beim Blick in die Zukunft war allerdings eine gewisse Unzufriedenheit zu spüren, da bis heute noch keine klare Linie zu erkennen ist, wie man mit dem klaren Votum aus dem Bürgerentscheid im Rathaus umgehen will.

Der Vorsitzende Michael Jäger begrüßte zunächst die knapp 60 Anwesenden und bedankte sich für Ihr Kommen.

Der Rückblick auf das vergangene Jahr ließ deutlich werden, dass die Aktivitäten der BI einschließlich des erfolgreichen Bürgerbegehrens im März und des Bürgerentscheids im Juli im Sinne der Mitglieder durchgeführt wurden. Beim Bürgerbegehren im Juli haben 1.125 Wahlbeteiligte (70,84%) gegen den geplanten Steinbruch gestimmt. Im Ortsteil Lindelbach waren es sogar 90,55%! Hiermit wurde Marktgemeinderat und Gemeindeverwaltung eindeutig aufgefordert, alle rechtlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Erteilung der Genehmigung für Errichtung und Betrieb eines Muschelkalk-Steinbruchs auf den im Regionalplan der Region (2) ausgewiesenen Flächen CA 24,o („Nordwestlich Lindelbach“) und CA 36,o („Nordwestlich Lindelbach“) zu verhindern.

In seinem Ausblick berichtet der Vorstand, dass man bereits auf die einzelnen Parteien und Fraktionen zugegangen ist, um zu erfragen, wie diese den eindeutigen Bürgerwillen und den klaren Auftrag umsetzen und welche Maßnahmen sie daraus ableiten werden. Seitens der BI hofft man auf eine breite Unterstützung aus dem Marktgemeinderat und der Gemeindeverwaltung, sodass sichtbar und spürbar wird, dass Marktgemeinderat und Gemeindeverwaltung sich die Verhinderung eines neuen 10-ha-Steinbruchs auf dem Gebiet unserer Gemeinde zu eigen macht. Die Frage im Bürgerentscheid ist zwar einfach gehalten, in Ihrer Botschaft aber eindeutig, sodass eine konstruktive Zusammenarbeit eigentlich zwingend zu erwarten wäre.

In der abschließenden Diskussionsrunde wurde deutlich, dass sich die Mitglieder erheblich mehr aktives Tätigwerden der einzelnen Parteien wünschen. Es wurde kritisiert, dass der Steinbruchbetreiber im Vorfeld stark mit Transparenz geworben hat und nun im gestellten Abbau-Antrag mit der Abbaufäche knapp unter 10 ha geblieben ist, um eine Umweltverträglichkeitsprüfung, bei der die Bevölkerung eingebunden wäre, bewusst zu vermeiden.

Die Sitzung wurde um 20:30 Uhr beendet.